

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU**Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben und Immobiliengeschäften zum Schaden Bremens“**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus sechs Mitgliedern und sechs stellvertretenden Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein mit dem Auftrag, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes unzulässige Einflussnahme oder Bevorzugung und finanziellen Schaden zum Nachteil Bremens im Bereich von Grundstücks- und Gebäudekäufen und -verkäufen, Bauaufträgen und Anmietungsentscheidungen zu untersuchen.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf:

- die politisch administrative Verantwortung des Senats, insbesondere des Senators für Wirtschaft und Häfen, des Senators für Bau und Umwelt und des Senators für Finanzen sowie der nachgeordneten Dienststellen und Eigen-gesellschaften;
- unzulässige Einflussnahme auf die politischen und administrativen Entsch-eidungen durch Vorteils-gewährung, Vorteilsnahme oder Begünstigung (Korruption);
- unzulässige Bevorzugung durch politische und administrative Entsch-eidungen;
- fiskalische Auswirkungen der zu untersuchenden Vorhaben zum Schaden Bremens;
- Konsequenzen aus den untersuchten Vorhaben in Form veränderter Verfah-ren und einer verbesserten administrativen und parlamentarischen Kontrolle.

Es sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- Beeinflussung von Kauf- oder Verkaufsentscheidungen von Grundstücken oder Liegenschaften, sowie von Planungs-, Entwicklungs- und Bauaufträgen;
- Gründe und Auswirkungen von Verzicht auf oder Einschränkung von Aus-schreibungen;
- Hintergründe von fehlenden oder mangelhaften Werteterminlungen, sowie von Nebenabreden und Koppelgeschäften;
- Abweichungen von gesetzlichen oder politischen Vorgaben und Richtlinien;
- Zusammenhang von Kauf- bzw. Verkaufsgeschäften mit anschließenden An-mietungen durch die Freie Hansestadt Bremen;
- Strukturen von Zuständigkeiten und Verfahren, die die korrekte und rentierli-che Abwicklung von Käufen, Verkäufen oder Bauvorhaben behindern.

Die oben genannten Sachverhalte sollen insbesondere anhand folgender Vorhaben untersucht werden:

- Siemenshochhaus,
- Polizeihaus am Wall,
- Polizeipräsidium in der Vahr,
- Bahnhofsvorplatz,
- Contrescarpe-Center,
- Großmarkt-Neubau,
- Weserstadion Ostkurve.

Dr. Matthias Güldner
Doris Hoch
Karin Krusche
Dr. Hermann Kuhn
Karoline Linnert
Dr. Karin Mathes
Dieter Mützelburg
Manfred Schramm
Anja Stahmann
Dr. Helga Trüpel

Uta Kammer
Eva-Maria Lemke-Schulte
Max Liess
Karin Markus
Renate Möbius
Rainer Nalazek
Manfred Oppermann
Frank Pietrzok

Klaus Peters
Claas Rohmeyer
Brigitte Sauer
Karin Schnakenberg
Heiko Strohmann
Klara Schreyer
Silke Striezel